

Erläuterungen des Stadtkämmerers

Klaus Konrad Pesch

zur Einbringung

des Haushaltsplanentwurfes

der Stadt Ratingen

zum Haushaltsjahr 2010

Hinweis: Das vorliegende Redemanuskript und die frei gehaltene Einbringungsrede zum Haushaltsplanentwurf 2010 sind im Wortlaut nicht identisch. Es gilt sowohl das geschriebene als auch das gesprochene Wort !

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Birkenkamp,
sehr geehrte Ratsdamen, sehr geehrte Ratsherren,
sehr geehrter Bürgerinnen und Bürger,

ich freue mich sehr, heute unseren Haushaltsplanentwurf der Verwaltung für das Jahr 2010 einbringen und erläutern zu können, der sich – bei erstem Hinsehen – mit Aufwendungen gleich Erträgen in Höhe von gut je 250 Mio. € ausgeglichen darstellt. Dieser im vorgelegten Entwurf dargestellte Haushaltsausgleich bedarf jedoch intensiver Erläuterungen und Interpretationen, weil nämlich sonst die Gefahr besteht, dass die **rasanten strukturellen Verschlechterungen** sowohl mit Blick auf die Ergebnisplanung (Erträge minus Aufwendungen) als auch mit Blick auf die Finanzplanung (Einzahlungen minus Auszahlungen) nicht mit der notwendigen Deutlichkeit und Schärfe erkannt werden.

1. Kernaussage:

Die Summe der Erträge wird voraussichtlich nicht zur Deckung aller Aufwendungen ausreichen !

Diese erste zentrale Aussage steht nur scheinbar im Widerspruch zum heute vorgelegten – ausgeglichenen – Haushaltsplanentwurf 2010. Es besteht nämlich zu mindestens

zwei wesentlichen Aufwandspositionen erkennbarer Anpassungsbedarf, der sich jedoch aus heutiger Sicht noch nicht hinreichend konkret beziffern lässt. Dabei handelt es sich um die problematische Entwicklung der Kreisumlage, auf die ich später noch besonders eingehen werde, und um das immer noch über uns schwebende Damoklesschwert einer Nachbelastung der Kommunen zur Sonderumlage des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr.

Hinzu kommt, dass der heute vorgelegte Verwaltungsentwurf zum Haushaltsplan 2010 zahlreiche Kürzungsvorschläge enthält. Unter dem Eindruck der Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss vor einer Woche stehen hinter diesen Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung zahlreiche mehr oder weniger große Fragezeichen im Hinblick auf deren politische Mehrheitsfähigkeit hier im Stadtrat.

Last not least stehen millionenschwere Haushaltsrisiken im Raum, weil der von mir aufgestellte Haushaltsplanentwurf nicht etwa durch allzu „überevorsichtige“ Kämmerereinschätzungen geprägt ist, sondern ganz im Gegenteil auch diesmal wieder voller Optimismus steckt. Spiegelbildlich betrachtet sollten wir uns also alle gemeinsam der gravierenden Realisierungsrisiken bewusst sein.

Kommen wir zu den Erläuterungen der wesentlichen Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfes 2010 in concreto:

Der heute vorgelegte Ergebnisplan 2010 weist Erträge gleich Aufwendungen in Höhe von je 250,3 Mio. € aus. Dieses ausgeglichene Planergebnis wird sich bis zur Verabschiedung des Haushaltes 2010 aber erkennbar nicht halten lassen. Es wird also **voraussehbar ein strukturell nicht ausgeglichener Haushalt 2010** verabschiedet werden müssen, so dass **nur noch ein fiktiver Haushaltsausgleich durch Gegenbuchungsbelastung der Ausgleichsrücklage** erfolgen kann.

Der zum heutigen Zeitpunkt noch errechnete Einzahlungsüberschuss wird sich vorhersehbar ebenfalls noch deutlich verschlechtern, so dass am Ende des Tages bzw. am Ende des Jahres 2010 de facto kaum ein Einzahlungsüberschuss realistisch zu erwarten sein dürfte.

Des Weiteren muss realistischerweise davon ausgegangen werden, dass die zukünftige Ergebnisplanung für die Folgejahre bis 2013 im Zeitablauf sukzessive in gravierendem Umfang angepasst werden muss. Offen gesagt rechne ich im Jahr 2010 und noch wesentlich gravierender ab dem Jahr 2011 mit anhaltenden, deutlichen Negativergebnissen. Über

die Gründe hierfür werden wir im Laufe der Haushaltsberatungen noch sprechen müssen.

Der Blick auf einige ausgewählte, besonders wichtige Erträge und Aufwendungen macht die Tendenzen deutlich:

Die Ertragsentwicklung steht massiv unter Druck.

Ohne die einmalige Erstattung aus früheren Überzahlungen in die kommunale Solidarfinanzierung des Fonds Deutscher Einheit von über 10 Mio. € müsste ein entsprechend gravierender Fehlertrag in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen und eine millionenschwere Unterfinanzierung der laufenden Verwaltungsausgaben konstatiert werden.

Der **städtische Anteil an der Einkommensteuer**, der bis zum Haushaltsjahr 2008 auf einen Spitzenwert in Höhe von 46,4 Mio. € angestiegen war, weist im heute eingebrachten Haushaltsplanentwurf für 2010 demgegenüber eine **Reduzierung um fast 10 Mio. €** aus. Dabei sind noch nicht einmal alle Folgewirkungen der Wachstumsbeschleunigungsgesetzgebung des Bundes hinreichend konkret quantifiziert und erfasst, d.h. weitere Verschlechterungen sind zu befürchten.

Besonders schwierig zu ermitteln ist der Gewerbesteueransatz, der dementsprechend in jedem Jahr die mit Abstand größten Schwankungsrisiken aufweist. Nach den mir vorliegenden, ganz konkreten Kenntnissen muss das im Jahr 2009 immerhin noch erreichte Vorauszahlungssoll von rund 94 Mio. € um ca. 6 Mio. € reduziert werden. Diese Reduzierung geht auf konkrete, im Einzelfall natürlich vertraulich zu behandelnde Hinweise zu unmittelbar bevorstehenden Vorauszahlungskorrekturen zurück. In die selbe Richtung weist auch die in den letzten Tagen veröffentlichte Umfrage des Unternehmensverbandes Ratingen, der ein sehr schlechtes Gesamtbild der Ergebnisentwicklungen im Jahre 2009 skizziert hat. Bekanntlich schlagen derart gravierende Verschlechterungen der Unternehmensergebnisse mit einem Zeitverzug von etwa 1 bis 3 Jahren sukzessive auf unsere Gewerbesteuerereinnahmen durch.

Um den im **Haushaltsplanentwurf** gezeigten Ergebniswert von **103 Mio. € Gewerbesteuerereinnahmen** insgesamt bis zum Jahresende 2010 erreichen zu können, müssten also **im Saldo positive Veranlagungsergebnisse in der Größenordnung von rund 15 Mio. €** zu den mit ca. 88 Mio. € kalkulierten Vorauszahlungen hinzu kommen. Ob ein solch positives Veranlagungssaldo trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise erreicht werden kann, die ja bereits im letzten Quartal 2008 ihre ersten Spuren hinter-

lassen hat, erscheint fraglich und bleibt abzuwarten. Hierin dürfte jedenfalls das **größte Risikopotenzial für den vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2010** liegen.

Die vorgenannten **Einnahmenverschlechterungen im deutlich zweistelligen Millionenbereich können kurzfristig nicht ausgeglichen werden.**

Dennoch ist eine finanzwirtschaftliche **Trendwende in der Gestaltung der Ertrags- und Aufwandsstruktur der Stadt Ratingen ganz und gar unerlässlich.** Es besteht – ohne jede Übertreibung und Schwarzmalerei – ganz klipp und klar die Gefahr, dass die Stadt Ratingen trotz eines immer noch neidvoll betrachteten Einnahmenspitzenniveaus in den nächsten Jahren nicht mehr in der Lage sein wird, die noch immenseren Aufwandsbelastungen, die ungebremst weiter steigen und steigen und steigen, schultern zu können.

Vor dem Hintergrund der ausgesprochen **hohen Standards in fast allen Aufgabenbereichen der kommunalen Daseinsvorsorge in Ratingen** darf uns diese Perspektive aber nicht dazu verleiten, das inzwischen schon geflügelte Wort der „Vergeblichkeitsfalle“ aufzugreifen und die Hände in den Schoß zu legen. Erste Korrekturansätze zeigt der vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2010 sowohl im

Hinblick auf mögliche Einnahmenverbesserungen als auch im Hinblick auf – wie ich meine immer noch sehr moderate – Aufwandsreduzierungen auf. Ich bin wirklich sehr gespannt auf die Beratungen hierzu und natürlich vor allem darauf, welche Ergebnisse wir gemeinsam bis zur Etatverabschiedung am 25. März 2010 hier im Stadtrat werden erreichen können.

Bei den wichtigsten Aufwandspositionen drohen gravierende Steigerungstendenzen, die nicht verkannt werden dürfen.

Dabei ist die Entwicklung der **Kreisumlage** mit besonderem Augenmerk zu betrachten. Diese ganz wesentlich durch stetig steigende Sozialbelastungen der kommunalen Ebenen determinierten Aufwendungen haben sich **in den letzten zehn Jahren zu einem kaum noch beherrschbaren Sprengsatz für die Haushalte aller Kommunen entwickelt**. Deshalb muss eine millionenschwere Verschlechterung gegenüber dem heute eingebrachten Haushaltsplanentwurf befürchtet werden. Die drohende Durchschlagskraft dieser als „tickende Zeitbombe“ verbildlichten Entwicklung wird deutlicher und konkreter durch einen Blick auf die Zeitreihendarstellung (Grafik 14) mit dem Versuch eines Ausblicks auf die voraussichtliche weitere Entwicklung der Kreisumlage 2011.

Dabei ist zunächst zu konstatieren, dass sich die Höhe des von der Stadt Ratingen aufzubringenden Anteils an der Kreisumlage – umgerechnet in absolute Eurobeträge – ausgehend vom Jahr 2000 bis 2008 nahezu verdoppelt hatte. Einen kräftigen Mehrbelastungssprung, den die Stadt Ratingen mit knapp 26 % der gesamten Kreisumlage verkraften musste, hat das Haushaltsjahr 2009 mit sich gebracht. In diesem Jahr ist die Kreisumlagebelastung der Stadt Ratingen auf 75 ½ Mio. € angestiegen (> 211 % ggü. 2000).

Im heute vorgelegten Haushaltsplanentwurf sind für 2010 (zunächst „nur“) 72 Mio. € Kreisumlage eingeplant; dies deshalb, weil wir (zunächst) die gesunkene Bemessungsgrundlage der Stadt Ratingen mit dem bisherigen Kreisumlagesatz von 41,0 Prozentpunkten belastet haben.

Allerdings würden dadurch dann insgesamt die Einnahmen des Kreises Mettmann aus der Kreisumlage wegen der kreisweit um 2,2 % gesunkenen Bemessungsgrundlagen um gut 6,3 Mio. € zurück gehen.

Würde jedoch der Finanzierungsbedarf des Kreises für das Haushaltsjahr 2010 auf dieselbe absolute Höhe wie im Jahr 2009 (= 291,2 Mio. € Gesamt-KU 2009) taxiert, dann

müsste der Kreisumlagesatz mathematisch nach der Dreisatzmethode von 41,0 auf 41,9 Prozent steigen. Dies ergäbe dann eine Mehrbelastung der Stadt Ratingen im Vergleich zum heute vorgelegten Haushaltsplanentwurf um 1,5 Mio. €.

Wenn darüber hinaus dann ein steigender Finanzierungsbedarf des Kreises Mettmann - insbesondere wegen weiter steigender Soziallasten - angenommen würde, so käme zum Beispiel bei einem im Jahr 2010 um 2% (gegenüber 2009) steigenden Kreisumlagebedarf eine Mehrbelastung der Stadt Ratingen abermals um weitere 1,5 Mio. € hinzu.

Dramatisch exponentiell ansteigen könnte (ceteris paribus) der Kreisumlagesatz im Haushaltsjahr 2011. Dann werden nämlich die Bemessungsgrundlagen in fast allen kreisangehörigen Städten so deutlich zurück gehen, und zwar um minus 10 bis 12 % gegenüber 2009 (bzw. um ca. minus 8 bis 10 % ggü. 2010), dass zur Finanzierung des gleichen Kreisumlageaufkommens wie im Jahr 2009 (= 291,2 Mio. € Gesamt-KU) ein Kreisumlagesatz von etwa 45,5 bis 46,6 Prozent erhoben werden müsste.

Bei einer unterstellten jährlichen Ausgabensteigerung um ca. 2 % p.a. ergäbe sich rechnerisch ein noch höherer Kreisumlagesatz 2011 von etwa 47,3 % bis 48,4 %. Sogar

diese schwindelerregenden Werte wären noch nicht definitiv das Ende der Fahnenstange, wenn in denjenigen kreisangehörigen Städten, die Schlüsselzuweisungen erhalten, diese Landeszuweisungen wegen verminderter Steuereinnahmen des Landes reduziert werden sollten.

Was will ich mit diesem – wie ich meine recht realistisch gerechneten – Ansatz deutlich machen? Ich will Ihnen anhand von realistischen, vielleicht tendenziell eher sogar noch optimistisch zugrunde gelegten Zahlen die konkrete Bedeutung meiner plakativen Aussage griffig vor Augen führen, dass sich die Kreisumlage zu einem kaum noch beherrschbaren Sprengsatz für die Haushalte aller kreisangehörigen Kommunen in den letzten Jahren entwickelt hat und in den nächsten Jahren weitere exponentielle Steigerungen des Kreisumlagesatzes drohen.

Kommen wir nun zum **Personalkostenbudget der Stadt Ratingen, das einen erheblich steigenden Mehrbedarf aufzeigt**. Dabei sind die weiter gehenden politischen Vorstellungen des Stadtrates oder einzelner Ratsfraktionen jedoch noch nicht berücksichtigt. Gerade bei dieser Position müssen wir uns gemeinsam die **nachhaltige Langzeitwirkung der in den letzten Jahren stetigen Personalkostenerhöhungen** bewusst machen.

Zusätzlich zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang auch die **in den nächsten Jahren davon eilenden Aufwandssteigerungen für Beamtenpensionen**, die sich sogar durch eine (hypothetische) 180 Grad-Kehrtwende in der Personalpolitik nicht kurzfristig abbremsen ließe. Der Grund hierfür liegt einfach und schlicht darin, dass die in den letzten Jahren und Jahrzehnten eingestellten Beamtinnen und Beamten Pensionsanswartschaften erworben haben, die in den nächsten zehn Jahren unweigerlich zu drastischen jährlichen Steigerungsraten der Pensionsaufwendungen führen werden.

Diese beiden Faktoren zusammen genommen führen somit zu einem weiteren unaufhaltsamen Anstieg der Personalkosten, mit denen kein realistisch zu erwartender Einnahmestieg Schritt halten können.

Ähnliches gilt übrigens auch für die **kontinuierliche Steigerung der Abschreibungsaufwendungen**. Die ambitionierten und engagierten Investitionsvorhaben der letzten und auch der nächsten Jahre führen auch hier unweigerlich zu stetigen Mehrbelastungen.

Diese Aufwandssteigerungen bewerte ich allerdings – anders als die stetig unaufhaltsam steigenden Personalaufwendungen – tendenziell sogar eher positiv, soweit die er-

höhten Abschreibungsbelastungen durch sachlich notwendige Ersatzinvestitionen induziert werden. Diese Investitionen der letzten und der nächsten Jahre stellen der nächsten Generation nämlich eine hervorragende öffentliche Infrastruktur der Stadt Ratingen zur Verfügung. Geradezu gegenteilig bewerte ich dagegen das unaufhaltsam stetige Ansteigen der sogenannten konsumtiven Ausgaben, die immense Vorbelastungen für die nächste Generation mit sich bringen.

Führen wir uns hierzu die Entwicklung der städtischen Zuschüsse in den letzten zehn Jahren vor Augen. Dies sei exemplarisch an der Ausgabenentwicklung (erstens) der Familienhilfen zur Erziehung, (zweitens) der Betreuung von Kindern bis zur Einschulung und (drittens) der Betreuung von Schulkindern in Ratingen verdeutlicht. Hierfür haben sich die Zuschüsse der Stadt Ratingen im 10-Jahres-Vergleich seit dem Basisjahr 2000 mehr als verdoppelt! Noch genauer betrachtet ist festzustellen, dass alleine in diesen genannten drei Betreuungsbereichen seit dem Jahr 2006 sprunghaft in die Höhe gehende Zuschussentwicklungen zu verzeichnen sind. Diese gravierenden Steigerungstendenzen werden sich in den nächsten Jahren voraussichtlich fortsetzen, und zwar vor allem im Aufgabenbereich der Kinderbetreuung bis zur Einschulung. Eine auch nur halbwegs genaue Bezifferung der bei weitem noch

nicht erreichten Spitzenbelastung des städtischen Haushaltes erscheint mir aus heutiger Sicht jedoch nicht möglich zu sein. Die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der vor allem, aber nicht nur durch Bundesgesetze neu geschaffenen Betreuungsaufgaben, die den Kommunen ohne adäquate Finanzausstattung mehr und mehr aufgebürdet werden, sind im Laufe der Jahre völlig unüberschaubar geworden.

In der Tendenz weisen auch die meisten anderen Aufgabenbereiche der Stadt Ratingen im 10-Jahres-Vergleich deutliche Steigerungstendenzen auf, so z.B. vor allem für die Schulen, für die Sportförderung, für die Kulturförderung, für das Stadtmarketing – und so weiter und so weiter und so weiter. Hierauf werde ich noch konkret im weiteren Beratungsverfahren eingehen.

Dies führt in der Summe letztendlich dazu, dass der in Ratingen ausgesprochen hohe Standard der öffentlichen Dienstleistungen insgesamt derart hohe Zuschusssteigerungsraten aufweist, dass die Entwicklung der städtischen Einnahmen damit auf Dauer keinesfalls Schritt halten kann.

Dies führt mich zur **2. Kernaussage:**

Die hohen Dienstleistungsstandards in Ratings und die sehr hohen Zuschussleistungen der Stadt Ratingen müssen kritisch überprüft werden.

Die stetig gestiegene Ausgabenstruktur benötigt dringend und zwingend eine Trendwende.

Kommen wir zu den **Investitionen der Stadt Ratingen**, die wir in den nächsten Jahren zu schultern haben.

Auf den ersten Blick scheint es hier ab dem Jahr 2010 eine „Abbruchkante“ zu geben, sind doch die für das Jahr 2010 geplanten Investitionen „nur noch“ auf 38 ½ Mio. € beziffert. Dem gegenüber wies das Investitionsvolumen im jetzigen Planjahr 2009 ein Allzeithoch von 56 Mio. € aus.

Bei der Betrachtung dieser geradezu exorbitanten Investitionssummen darf aber nicht vergessen werden, dass wir in annähernd gleicher Größenordnung Ermächtigungsübertragungen (Haushaltsausgabereste) vor uns her schieben. Dies führt mich zur

3. Kernaussage:

Der Rat der Stadt Ratingen nimmt sich viel zu hohe Investitionsvolumina in viel zu rascher (nicht zu bewältigender) Zeitabfolge vor.

Sehen wir uns das Finanzvolumen des Investitionsprogramms für die Jahre 2010 bis 2013 an, so mag auf den ersten Blick die „Abbruchkante“ der Investitionsentwicklung noch gravierender ausfallen. Ein konkreter Blick in die Investitionsplanung für das Haushaltsjahr 2010 und darüber hinaus auf die zukünftigen, *bisher geplanten* Investitionsmaßnahmen bis zum Jahr 2013 relativieren diesen ersten Anschein aber sehr deutlich.

Dabei ist zu erkennen, dass der erst im letzten Jahr gefasste Grundsatzbeschluss zur **Ansparung von Pensionsrücklagen** zurzeit wieder auf Null gesetzt wurde. Auch die im Haushaltsplan 2009 veranschlagten Mittel in Höhe von 4 ½ Mio. € konnten leider nicht gebunden werden, weil die von uns konsultierten großen Versicherungsunternehmen nach längeren detaillierten Prüfungen der Versicherungsleistungen und –risiken (jedenfalls nach heutigem Stand) „abgewunken“ haben. Dennoch werden wir dieses richtige und wichtige Ziel natürlich weiter verfolgen; die Umsetzbarkeit ist aber zurzeit leider nicht wie angestrebt kurzfristig möglich. Zu anderen Formen von Kapitalanlagen sehe ich mich zurzeit unter dem Eindruck der andau-

ernden Krise auf den Finanzmärkten jedoch nicht in der Lage.

Auch die Positionen allgemeiner Grunderwerb und Schulen zeigen noch nicht in vollem Umfang realistisch den Investitionsbedarf der nächsten Jahre auf. Dies erkennen Sie zur Haushaltsposition für den allgemeinen Grunderwerb auf den ersten Blick daran, dass im Haushaltsjahr 2010 hierfür immerhin 4,4 Mio. € eingeplant sind, in den Folgejahren mangels hinreichend konkreter Erwerbsplannungen aber keine weiteren nennenswerten Erwerbsmittel veranschlagt wurden. Dabei wird es bei der von Jahr zu Jahr fortzuschreibenden Investitions- und Finanzplanung aber nicht bleiben, d.h. in den Jahren 2011 und fortfolgend wird es aller Voraussicht nach zu weiterem Investitions- und Finanzierungsbedarf kommen.

Ebenso ist im Hinblick auf die noch ausstehenden **Schulbaumaßnahmen** klar, dass es auch hierzu noch weiteren Ergänzungsbedarf gibt. Exemplarisch ist hier neben den bereits vorgesehenen Schulbaumaßnahmen am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium in Ratingen West der notwendige Ersatzbau einer Sporthalle kombiniert mit dem Ersatz für zwischenzeitlich weggefallene Pavillonklassen der Martin-Luther-King-Gesamtschule zu nennen.

Aufgrund der in den nächsten Jahren im Wesentlichen noch vor uns liegenden Herkulesaufgabe, für die unter dreijährigen Kinder in erheblichem Umfang zusätzliche Betreuungskapazitäten zu schaffen, werden wir auch für die **Kindertageseinrichtungen** in Ratingen noch viel Geld in die Hand nehmen müssen.

Von der Sache her unerlässlich scheint mir auch die Überplanung des früheren Feuerwehrgeländes an der Lintorfer Straße und damit einhergehend die Überplanung und Neuschaffung von Ersatzflächen vor allem für das Grünflächenamt am **Baubetriebshof** zu sein. Hierfür haben wir entlang der Bahngleise an der Sandstraße die erforderlichen Liegenschaftsflächen zur Verfügung, so dass dieses Vorhaben meines Erachtens nicht auf die lange Bank geschoben werden sollte.

Hiermit habe ich *nur einige Beispiele* für Investitionsmaßnahmen genannt, deren finanzielle Auswirkungen zwar noch nicht hinreichend bekannt bzw. konkretisiert sind und deshalb noch nicht im heute vorgelegten Haushaltsplanentwurf aufgenommen werden konnten. Dennoch dürfen diese zusätzlichen Investitions- und Finanzierungsbedarfe bei der haushaltspolitischen Gesamtbewertung selbstverständlich nicht außer Acht bleiben.

Das gilt natürlich ganz besonders vor allem für das zentrale Investitions(streit)thema der letzten Jahre in Ratingen: das Rathaus!

Der größte Finanzbrocken, der aus meiner Sicht immer noch unter dem Stern der Ungewissheit steht, betrifft unser **Rathaus**. Sie, meine sehr verehrten Ratsdamen und Ratsherren, mögen sich vielleicht ebenso wie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und wie die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Ratingen darüber wundern, möglicherweise sogar verständnislos mit dem Kopf darüber schütteln, dass die Verwaltung im hier vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2010 keinen Investitionsvorschlag für das Rathaus unterbreitet hat.

Gleichwohl ist dies das Ergebnis unserer ausführlichen und im Verwaltungsvorstand einmütig von allen getragenen Überlegungen zum neusten Bericht der Baukostencontroller, der den Fraktionsvorsitzenden in der Sitzung des Ältestenrates gestern vorab mündlich von den beauftragten Controllern erläutert wurde. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine **Rathaussanierung wirtschaftlich nicht vertretbar** wäre, die in einer Größenordnung von etwa 30 Mio. € liegen würde.

Wir sind weiter der festen Überzeugung, dass die von den Kostencontrollern errechnete Differenz von nur etwa 11 % der Gesamtkosten, die für eine Neubaulösung theoretisch (für eine sogenannte 1 : 1- Lösung) mehr aufzubringen wären, nicht zu verantworten wäre.

Lassen Sie mich drei Gründe für diese Einschätzung ausführen, die ich für wesentlich halte:

- erstens dürfen die bei Sanierungsbauvorhaben immer drohenden unvorhersehbaren Kostensteigerungen nicht unterschätzt werden;
- zweitens wurde dem Kostenvergleich eine sogenannte 1 : 1-Neubaulösung zugrunde gelegt, wobei jedoch die energetischen Verbesserungspotenziale und die Möglichkeiten optimierter Raumnutzung und damit mögliche Massenreduzierungen noch nicht ausgeschöpft sind. Summa summarum muss ich auf dem heutigen Stand der Erkenntnisse meines Erachtens also davon ausgehen, dass die Gesamtkosten einer Sanierungslösung oder alternativ einer Neubaulösung etwa in vergleichbarer Größenordnung liegen werden;
- drittens bin ich der ganz und gar felsenfesten Überzeugung, dass sogar diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich in den vergangenen Jahren zu diesem Thema sehr engagiert und in Bürgerbegehren und Bürgerent-

scheiden gegen einen Rathausneubau ausgesprochen haben, schlichtweg schockiert wären, wenn sie erkennen müssten, dass die jetzt zur Diskussion anstehende Sanierungslösung jedenfalls finanziell und beinahe auch baulich einem Totalabbruch des Rathauses sehr nahe käme.

Deshalb habe ich im Verwaltungsvorstand dafür plädiert, so ähnlich wie zurzeit an der nördlichen Giebelwand des Bürgerhauses am Marktplatz zu sehen, das Rathaus mit einer halbtransparenten Stoffhülle zumindest partiell so zu umhüllen, dass auch jeder Baulaie mit eigenen Augen sehen kann, wie wenig Bausubstanz im Falle einer Sanierungslösung überhaupt noch vom jetzigen Rathausgebäude übrig bliebe und wie extrem aufwändig es auch aus Laiensicht sein mag, das Rathaus bis auf einen solchen Rohbaukern abzutragen.

Leider sieht das Rechtsinstitut des Bürgerentscheides in Nordrhein-Westfalen nur eine Ja-oder-Nein-Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger vor, nicht dagegen die Bürgerentscheidung über Investitionsalternativen oder gar Varianten, wie sie im Rat diskutiert werden können. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass sich das (hypothetische) Ergebnis eines nachträglichen Bürgerentscheides von den bisherigen Ergebnissen sehr stark unterscheiden und

möglicherweise sogar ins Gegenteil umkehren würde, sobald erst einmal erkennbar wird, was wirklich mit dem Stichwort „Rathaussanierung“ gemeint ist und wie hoch die hierfür aufzubringenden Gesamtkosten sein werden, nämlich in ähnlicher Größenordnung wie für einen Neubau!

Deshalb komme ich zu meiner **4. Kernaussage:**

Der Königsweg zur Lösung des Rathausproblems ist noch nicht gefunden! Wir müssen noch einmal neu Anlauf nehmen, denn die richtige Lösung liegt noch nicht auf dem Tisch.

Ich verhehle nicht, dass ich persönlich auch nach Jahren der Befassung mit diesem Thema immer noch für eine Neubaulösung plädiere. Weil eine solche Entscheidung aber vor dem Hintergrund der uns allen noch bestens erinnerlichen Bürgerentscheide politisch extrem schwierig sein dürfte, könnte möglicherweise eine „Auszeit“ mit einem zwischenzeitlichen Umzug der Verwaltung in ein anderes Bürogebäude – etwa nach Leverkusener-Beispiel – und einem Planungswettbewerb für den heutigen Standort an der Minoritenstraße ein gangbarer Weg aus dieser aus meiner Sicht völlig verfahrenen Situation sein.

Meine sehr verehrten Ratsdamen und Ratsherren, verehrte Bürgerinnen und Bürger, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Presse und – last not least – sehr geehrter Herr Bürgermeister, lassen Sie mich hiermit zum Ende meiner heutigen Ausführungen zur Haushaltseinbringung 2010 kommen.

Ich wünsche uns allen gemeinsam, dass wir in all diesen Fragen zu sachlichen Beratungen und guten Beratungsergebnissen kommen. Ich sage Ihnen hierzu meine volle Unterstützung in den nächsten Wochen und Monaten zu und biete Ihnen wie in jedem Jahr unsere Unterstützung bei Ihren Beratungen in Fraktions- und Ausschusssitzungen zu. Wenn ich gerade *wir* gesagt habe, beziehe ich in diese Zusage meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem aus der Kämmerei mit ein und nehme dies zum Anlass, mich bei allen Kolleginnen und Kollegen ganz ausdrücklich zu bedanken, die an der Aufstellung dieses Haushaltsplanentwurfes 2010 mitgewirkt haben. Namentlich möchte ich mich bei unserem Kämmereileiter, Herrn Martin Gentsch, stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen vor allem, aber nicht nur aus der Kämmerei für den unermüdlichen Einsatz und die außergewöhnliche Leistungsbereitschaft bedanken, die jedes Maß externer Vorstellungen außenstehender Dritter vom Alltag des Beamtentums bei

weitem sprengen dürften. Bedanken möchte ich mich auch bei unserem Bürgermeister, Herrn Harald Birkenkamp, und bei den Kollegen Dr. Ulf Netzel, Rolf Steuwe und Dirk Tratzig für die wirklich sehr gute, kollegiale Zusammenarbeit, die uns auch bei schwierigeren Kürzungsdebatten in Einzelfällen und bei den generellen Erörterungen zur notwendigen Haushaltskonsolidierung immer wieder zusammengeführt hat.

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, danke ich ganz herzlich für Ihre Geduld und Ihre freundliche Aufmerksamkeit.